

Statement

Resilienz stärken heißt Energiepreise senken

AccelerateEU gibt richtige Richtung vor – jetzt braucht es konkrete Maßnahmen

Brüssel/Berlin, 22. April 2026 | Die EU-Kommission hat heute mit ihrer Mitteilung *AccelerateEU* einen Maßnahmenkatalog vorgelegt, mit dem in den kommenden Jahren mehr Stabilität bei den Energiepreisen erreicht werden soll. Vor allem der angekündigte temporäre Beihilferahmen für besonders betroffene Sektoren ist dabei für die Stahlindustrie von Bedeutung.

Dazu Kerstin Maria Rippel, Hauptgeschäftsführerin der Wirtschaftsvereinigung Stahl:

„Wir begrüßen, dass die Europäische Kommission konkrete Maßnahmen vorschlägt, um die Energiepreise zu senken. Die anhaltend hohen Gas- und Strompreise – zuletzt weiter verschärft durch die Auswirkungen des Irankonflikts – belasten unsere Industrie massiv. Um gegenzusteuern, kommt es jetzt entscheidend auf die richtige Ausgestaltung der europäischen Vorschläge an.“

Insbesondere muss der derzeit in Vorbereitung befindliche Krisenbeihilferahmen (*Temporary Iran Energy Crisis Framework*) konsequent genutzt werden, um energieintensive Industrien wie die Stahlindustrie wirksam zu entlasten. Bestehende Instrumente wie Strompreiskompensation und Industriestrompreis müssen besser ineinandergreifen – indem sie uneingeschränkt kombiniert und für den vollständigen Stromverbrauch angewendet werden können.

Begrüßenswert ist zudem, dass die EU-Kommission in ihrem Maßnahmenpaket auch den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft adressiert. Die angekündigte pragmatische Anpassung der Produktionskriterien für grünen Wasserstoff ist ein positives Signal: Unternehmen brauchen gerade zu Beginn des Markthochlaufs dringend mehr Flexibilität und weniger Bürokratie.“

Ihr Ansprechpartner

Marvin Bender | Pressesprecher | +49 170 3349855 | presse@wvstahl.de

Wirtschaftsvereinigung Stahl

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl ist die Stimme der Stahlindustrie in Deutschland, die sich zum Ziel gesetzt hat, bis 2045 klimaneutral zu produzieren – und damit ein Drittel der gesamten industriellen Treibhausgasemissionen Deutschlands einzusparen. Der Verband mit Sitz in Berlin macht sich für einen politischen Rahmen stark, der einen auch in Zukunft starken, emissionsarmen Stahlstandort möglich macht. Mit 34,1 Millionen Tonnen im Jahr 2025 weist Deutschland die größte Stahlproduktion Europas auf.